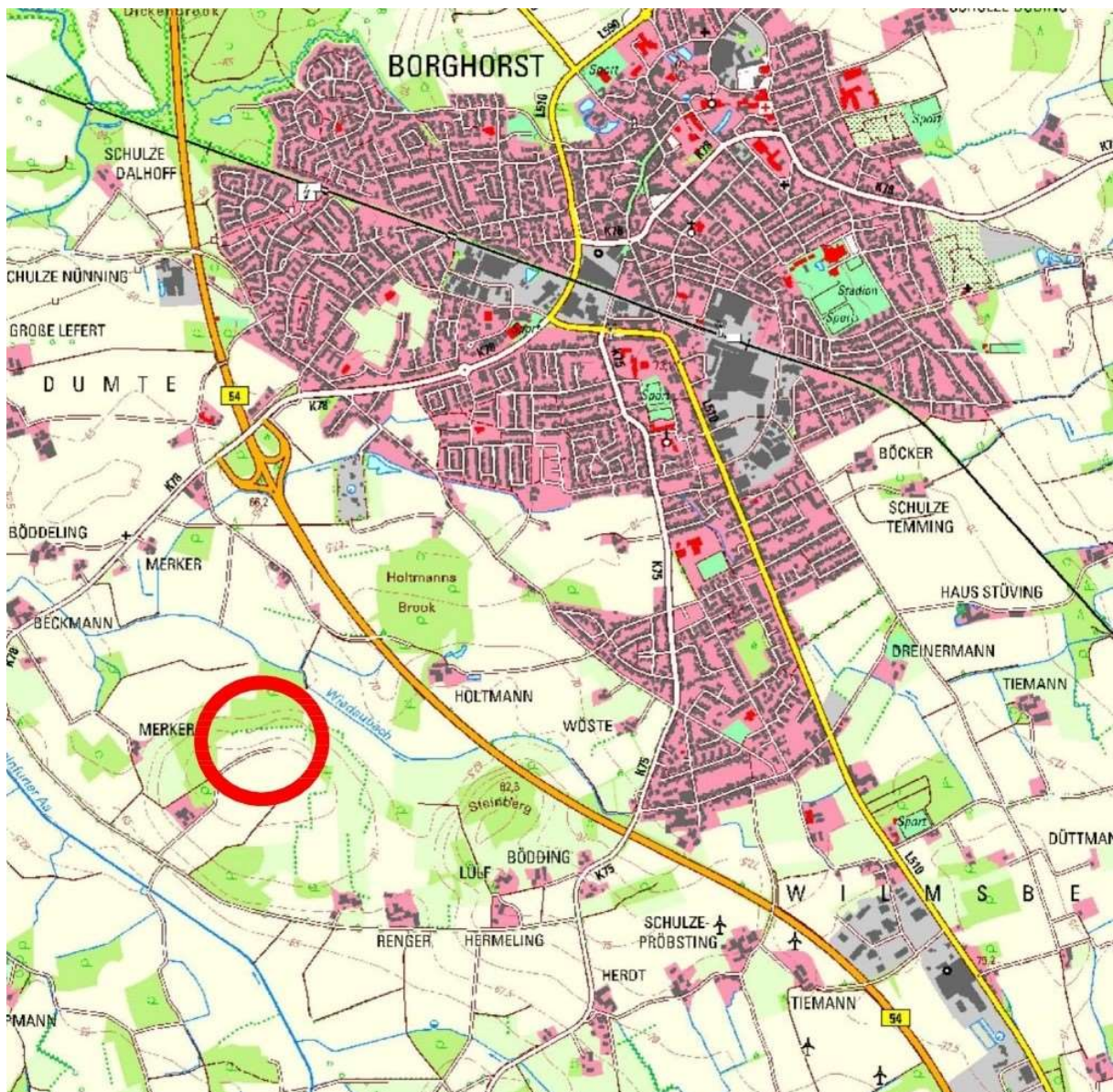


# 83. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

## Begründung



Stand: Öffentliche Auslegung gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

# Inhalt

<b>1. Grundlagen der Planung .....</b>	<b>2</b>
1.1 Planungsanlass und Erforderlichkeit .....	2
1.2 Geltungsbereich .....	3
1.3 Bestandssituation .....	3
<b>2. Planungsvorgaben .....</b>	<b>3</b>
2.1 Raumordnung und Landesplanung .....	3
2.2 Bauleitplanung .....	4
2.3 Fachplanung / sonstige Planvorgaben .....	5
<b>3. Inhalt der Änderung .....</b>	<b>5</b>
<b>4. Auswirkung der Planung .....</b>	<b>5</b>
4.1 Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft .....	5
4.2 Artenschutz .....	6
4.3 FFH-Verträglichkeit .....	6
4.4 Immissionsschutz .....	7
4.5 Klimaschutz .....	7
4.6 Bodenschutz .....	8
4.7 Schutzgut Fläche, Standortalternativen .....	8
4.8 Denkmalschutz .....	9
<b>5. Planverfahren .....</b>	<b>9</b>
<b>Datum / Unterschrift: .....</b>	<b>10</b>
<b>Anlage: .....</b>	<b>10</b>

# 1. Grundlagen der Planung

## 1.1 Planungsanlass und Erforderlichkeit

In letzter Zeit ist festzustellen, dass es eine erhöhte Nachfrage nach Flächen gibt, auf denen Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden sollen. Hierfür bieten sich Flächen an, auf denen bereits ein gewisser Störungsgrad vorhanden ist. Diese sind beispielsweise Flächen in einem ca. 200 m breiten Streifen entlang von Hauptverkehrswegen (*zweigleisige Eisenbahnstrecken, Autobahnen, Bundesstraßen*). Auch kommen Flächen auf Erdwällen (*Aufschüttungen*) oder ehemaligen Deponien in Frage.

Bei dem Bereich der geplanten 83. Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um eine ehemalige Hausmüll- / Bauschuttdeponie. Die Fläche wurde in der Zeit von 1962 bis 1975 durch die damalige Stadt Borghorst zunächst als Hausmülldeponie genutzt. Im Anschluss daran ist einem privaten Betreiber noch bis ins Jahr 1982 durch den Kreis Steinfurt eine Ausnahmegenehmigung zur Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt genehmigt worden. Somit erfüllt die Fläche den Tatbestand einer vorbelasteten und durch die Landwirtschaft nicht mehr, bzw. nicht mehr wirtschaftlich nutzbaren Fläche. Die Kreisstadt Steinfurt ist durchaus bestrebt, entsprechende Flächen zur alternativen Energiegewinnung zu entwickeln.

Mit Datum vom 20.07.2020 hat der Eigentümer dieser Fläche einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gestellt. Die Kreisstadt Steinfurt hat mit Datum vom 25.09.2020 eine Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz bei der Bezirksregierung Münster gestellt, mit dem Ziel, auf den jetzt in Rede stehenden Flächen ein „Sonstiges Sondergebiet“ gem. § 11(2) Baunutzungsverordnung (*BauNVO*) zu entwickeln. Mit Schreiben vom 16.10.2020 (Az.: 32.02.566084-005/2020.0003) wurde eine Zustimmung in Aussicht gestellt.

Der wirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt stellt für den Bereich der geplanten Sonderbaufläche zurzeit eine „Fläche für die Landwirtschaft“ dar. Westlich, nördlich und östlich angrenzend befinden sich „Waldflächen“ und daran angrenzend entwickeln sich „Flächen für die Landwirtschaft“. Südlich des Planbereiches befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung einer Sonderbaufläche zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu schaffen, ist eine Änderung der derzeitigen Darstellung zu „Sonderbaufläche“ (S) erforderlich. Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat sich daher in seiner Sitzung am 27.08.2020 damit befasst, die erforderlichen Planverfahren einzuleiten und durchzuführen. Die erforderliche 83. FNP-Änderung bildet die planungsrechtliche Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“. Beide Planverfahren sollen möglichst parallel durchgeführt werden. Ziel dieses Verfahrens ist es, Flächen für regenerative Energien ausweisen zu können.

Im Zuge der 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“, gleichzeitig 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Steinfurt, wurde südöstlich der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage eine Konzentrationszone für Windenergie im Sinne von § 35 (3), Satz 3 BauGB dargestellt. Diese Fläche überlagert zum Teil die jetzt vorgesehene Darstellung der „Sonderbaufläche / freiflächen-Photovoltaikanlage“.

Diese Überlagerung ist derzeit noch nicht zulässig. Hierzu befindet sich die 2. Änderung des Landesentwicklungsplanes für erneuerbare Energien im Verfahren. Dementsprechend soll die dargestellte Sonderbaufläche in zwei Teile (*Teil A und Teil B*) geteilt werden. Im Teil A soll die Errichtung einer FFPV-Anlage sofort nach dem Wirksamwerden der 83. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Rechtsverbindlichkeit des parallel aufgestellten Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ möglich sein. Im Teil B soll dieses erst nach dem Wirksamwerden der 2. Änderung des Landesentwicklungsplanes für erneuerbare Energien, die eine solche Überlagerung zulässig macht, möglich sein. Die 2. Änderung des LEP's soll noch im ersten Halbjahr 2024 wirksam werden. In den Bebauungsplan Nr. 79 wird neben der Teilung in die Teile A und B eine entsprechende textliche Festsetzung aufgenommen.

## **1.2 Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich der 83. Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Teilfläche des Grundstückes Gemarkung Borghorst, Flur 58, Flurstücke 142.

Der Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 27.500 m<sup>2</sup>.

## **1.3 Bestandssituation**

Das Plangebiet der 83. FNP-Änderung umfasst eine bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche die, wie unter Punkt 1.1 beschrieben, früher als Deponie für Hausmüll und später als Deponie für Bauschutt genutzt wurde.

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die bestehenden Wirtschaftswege, ausgehend von der Hofstelle Dumte 38.

Westlich, nördlich und östlich angrenzend an den Änderungsbereich befinden sich kleinere „Waldflächen“. Ansonsten ist der Bereich vollständig von landwirtschaftlichen Nutzflächen umgeben.

# **2. Planungsvorgaben**

## **2.1 Raumordnung und Landesplanung**

Der seit dem 27.06.2014 wirksame Regionalplan Münsterland stellt für das Plangebiet der 82. FNP-Änderung einen „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) dar. Die Fläche ist zusätzlich als „Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BSLE) dargestellt.

Im Vorfeld dieser FNP-Änderung wurde die Abstimmung nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPIG) mit der Bezirksregierung in Münster durchgeführt. Mit Schreiben vom 25.09.2020 wurde

eine entsprechende Anfrage formuliert, in der abgefragt wurde, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erreicht werden kann.

In der landesplanerischen Stellungnahme der Bezirksregierung Münster vom 16.10.2020 wird der Ausweisung der „Fläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage“ grundsätzlich zugestimmt, da der Änderungsbereich durch die frühere Nutzung als Mülldeponie als vorbelastete Fläche gilt.

Zusätzlich ist im östlichen Bereich der künftigen Sonderbaufläche für Freiflächen-Photovoltaikanlagen eine Windvorrangzone dargestellt (2. *Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“, gleichzeitig 91. Änderung des Flächennutzungsplanes*). Die Überlagerung von Windvorrangzonen und Sonderbauflächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist derzeit (*noch*) nicht zulässig. Parallel zu diesem Änderungsverfahren wird die 2. Änderung des Landesentwicklungsplanes für erneuerbare Energien durchgeführt. Inhalt dieser Änderung ist unter anderem der Wegfall des Ausschlusses der Überlagerung von Windvorrangzonen und Sonderbauflächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Als Zeitpunkt für den Abschluss des Änderungsverfahrens ist Mitte 2024 anvisiert. Um diese Problematik zu lösen, wird die Sonderbaufläche in zwei Teile geteilt. Im westlichen, mit „A“ gekennzeichneten Teilbereich, ist die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage unmittelbar nach Rechtskraft des Bebauungsplanes möglich. Im östlichen, mit „B“ gekennzeichneten Teilbereich, ist die Bebaubarkeit erst nach dem Wirksamwerden der LEP-Änderung zulässig.

In Bezug auf den Hochwasserschutz wurden die vom LANUV NRW frei zugänglichen Gefahren- und Risikokarten ausgewertet. Mit Blick auf die hier vorhandene Hochlage (Trappen Berg) bestehen für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage keine Hochwassergefahren oder -risiken, selbst nicht bei der Betrachtung des Extremhochwassers (HQ<sub>extrem</sub>), das deutlich seltener als 100 Jahre auftritt.

## **2.2 Bauleitplanung**

Für den Bereich der 83. FNP-Änderung liegt bisher kein rechtsverbindlicher Bebauungsplan vor.

Mit der jetzt vorliegenden 83. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlich erforderlichen Voraussetzungen für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ geschaffen werden, um der beschriebenen Nachfrage nach der Ausweisung von Flächen für regenerative Energien nachzukommen. Hierfür ist die Änderung der genannten Fläche von „Fläche für die Landwirtschaft“ in eine „Sonderbaufläche / Zweckbestimmung: Freiflächen-Photovoltaikanlage“ gem. § 11 (2) Baunutzungsverordnung (*BauNVO*) erforderlich.

Der noch aufzustellende Bebauungsplan Nr. 79 sieht künftig eine Erschließung über die vorhandene Zufahrt zur Hofstelle Dumte 38 vor.

Um dem Entwicklungsgebot gem. § 8 (2) BauGB gerecht zu werden, wird der Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ gem. § 2 (1) BauGB im Parallelverfahren aufgestellt.

## **2.3 Fachplanung / sonstige Planvorgaben**

Ein Landschaftsplan besteht für den Änderungsbereich und angrenzende Bereiche nicht. Geschützte Landschaftsbestandteile sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Nördlich und außerhalb des Änderungsbereiches verläuft in dem dort angrenzenden Waldstück der Wasserlauf WL 1225, der ca. 150 m weiter nördlich in den Wiedaubach (WL 1220) mündet.

Weitere Fachplanungen sind von der 83. FNP-Änderung nicht berührt.

## **3. Inhalt der Änderung**

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der zu ändernde Bereich zurzeit als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt. Zusätzlich wurde die Kennzeichnung „Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ vorgenommen. Im östlichen Teilbereich wurde durch die 91. Änderung des Flächennutzungsplanes eine „Konzentrationszone für Windenergienutzung gem. § 35 (3), Satz 3 BauGB dargestellt. Weitere Ausführungen hierzu siehe unter Punkt 1.1 und 2.1.

Inhalt der 83. FNP-Änderung ist die Änderung dieser Flächendarstellungen in eine „Sonderbaufläche“ (S) gemäß § 1 (1) Nr. 4 BauNVO. Weitere Änderungen sind nicht vorgesehen.

## **4. Auswirkung der Planung**

### **4.1 Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft**

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden in einem Umweltbericht zusammengefasst. Im Umweltbericht werden die Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Klima und Luft sowie Orts- und Landschaftsbild gem. § 1 (7) a BauGB beschrieben und bewertet.

Der Umweltbericht zur 83. FNP-Änderung, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, vom 23.05.2023, ist als Anlage dieser Begründung beigelegt.

## 4.2 Artenschutz

Bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft sind die artenschutzrechtlichen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (*BNatSchG*) anzuwenden. Dazu sind in § 44 BNatSchG sogenannte Zugriffsverbote definiert, wonach eine Tötung oder Beschädigung von geschützten Individuen, eine erhebliche Störung der lokalen Population, eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und eine Beschädigung bzw. Zerstörung von geschützten Pflanzen verboten ist. Um diese Verbotstatbestände zu vermeiden, wird auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ eine Artenschutzvorprüfung durchgeführt.

Für die Erstellung des Umweltberichtes zu dieser 83. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde eine erste Begehung des Planbereiches vorgenommen. Demnach handelt es sich bei der Fläche um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (*Ackerland*), die dreiseitig mit Gehölzen umgeben ist.

Artenschutzrechtliche Konflikte wurden durch das Büro öKon, Münster, nicht prognostiziert, da die vorhandenen Waldränder erhalten bleiben und keine planungsrelevanten Vogelarten im Änderungsbereich vorhanden sind. Demzufolge werden auch keine Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) S. 1 - 3 BNatSchG ausgelöst. Konkrete Aussagen hierzu werden im Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ gemacht.

## 4.3 FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (*DE-3810-302*) als Schutzgebiet nach der EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie (*Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992*) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (*DE-3910-301*) nachgemeldet (*31 ha*).

Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Bereich der 83. FNP-Änderung und dem FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 2.500 m (*Luftlinie*). Das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ liegt in ca. 650 m südwestlich des Plangebietes. Angesichts dieses Abstands, der beabsichtigten Planungen und der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch die 83. FNP-Änderung ausgegangen.



## 4.4 Immissionsschutz

### Verkehrslärm

Für die geplante Sonderbaufläche sind keine schalltechnischen Untersuchungen erforderlich, da der Bereich künftig ausschließlich zur Energiegewinnung genutzt wird.

### Gewerbelärm, Störfallbetriebe

Ggfs. störende Betriebe im Umfeld des Änderungsbereiches sind weder vorhanden, noch zu beachten, da der Bereich künftig ausschließlich zur Energiegewinnung genutzt wird.

Ebenso sind auch keine Störfallbetriebe zu beachten.

### Geruchsimmissionen

Aus vorgenannten Gründen sind auch keine Geruchsbetrachtungen erforderlich.

### Lichtimmissionen / Blendwirkungen

Das Thema wird im Umweltbericht abgearbeitet und in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 79 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Dumte“ vertiefend beschrieben. Die Untere Natur-schutzbehörde des Kreises Steinfurt hat bereits am 21.09.2021 in einer E-Mail signalisiert, dass ein Gutachten zur möglichen Blendwirkung nicht erforderlich wird.

Das Gutachterbüro öKon GmbH, Münster, stellt fest, dass durch Lichtreflexionen Blendwirkungen auftreten können, die aber als vorübergehende Funktionsstörung des Auges hinzunehmen sind. Heutige Module absorbieren den größten Teil des einfallenden Sonnenlichts, so dass eine Blendwirkung ausgeschlossen werden kann. Da der Planbereich dreiseitig von Waldflächen umgeben ist, das Gelände nach Norden abfällt und hinter der Kuppe des Trappen Berges liegt, ist nicht von einer Beeinträchtigung der verstreut liegenden Wohnhäuser auszugehen. Ebenfalls ist nicht von einer Beeinträchtigung des Kfz-Verkehrs auf der Bundesstraße 54 auszugehen, die nordöstlich des Planbereiches vorbeiführt.

## 4.5 Klimaschutz

Mit den Novellen des Baugesetzbuches der letzten Jahre ist auch der Aspekt des Klimaschutzes in die Gesetzgebung aufgenommen worden. Demnach sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung zu fördern (vgl. § 1 (5), Nr. 2 BauGB).

Mit der 83. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 79 wird das Klimaschutzziel „Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien (*hier: Sonnenenergie*)“ verfolgt und gestützt.

Ein Aspekt des Klimaschutzes ist die Reduzierung des Energieverbrauchs, insbesondere bei Gebäuden. (*Wohn- oder gewerbliche genutzte*) Gebäude werden im Änderungsbereich nicht entstehen. Eine Entsorgung des Gebietes (*Abwasser*) wird somit nicht erforderlich.



## 4.6 Bodenschutz

Im Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten des Kreises Steinfurt ist der Bereich der 83. FNP-Änderung als Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche mit der Nr. 21-55 „Deponie Dumte“ verzeichnet. Hierbei handelt es sich um eine ehemalige Hausmüll- / Bauschuttdeponie. Die Fläche wurde in der Zeit von 1962 bis 1975 durch die damalige Stadt Borghorst zunächst als Hausmülldeponie genutzt. Im Anschluss daran ist einem privaten Betreiber noch bis ins Jahr 1982 durch den Kreis Steinfurt eine Ausnahmegenehmigung zur Ablagerung von Bodenaushub und Bauschutt genehmigt worden. Die Mächtigkeit der Auffüllungen liegt bei ca. 1,80 m – 4,00 m. Der Deponiekörper soll möglichst unangetastet bleiben.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW befindet sich im Bereich der 83. Änderung des Flächennutzungsplanes Pseudogley mit mittlerer Staunässe im westlichen und südwestlichen Bereich und starker Staunässe im nordöstlichen Bereich. Über diesen ursprünglichen Böden ist aufgefülltes Material aus Hausmüll und Bauschutt vorhanden. Es handelt sich in der Konsequenz nicht um die ursprünglichen Böden. Diese werden hier nicht angetastet.

## 4.7 Schutzgut Fläche, Standortalternativen

Die 83. Änderung des Flächennutzungsplanes sieht die Entwicklung eines „Sondergebietes für Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ auf einer ehemaligen Hausmüll- und Bauschuttdeponie vor. Diese Fläche ist im Regionalplan als sogenannter „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) ausgewiesen (s. Kapitel 2.1). Durch die Nutzung als Deponie und eine relativ geringe Überdeckung mit Mutterboden ist eine landwirtschaftliche Entwicklung oder Nutzung der Fläche nicht wirtschaftlich möglich. Der aktuelle Bodenwert liegt im überwiegenden Teil des Änderungsbereiches bei 015. Lediglich in einem kleineren, im Nordosten gelegenen Bereich beträgt dieser Wert 035: Deshalb bietet sich diese Fläche zur Nutzung der Sonnenenergie unmittelbar an.

Die Kreisstadt Steinfurt verfolgt vorrangig das Ziel, Flächen zur Nutzung regenerativer Energien auf vorbelasteten Flächen zu entwickeln. So werden keine zusätzlichen, bisher landwirtschaftlich genutzten Bereiche in Anspruch genommen. Ein Verlust dieser Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung ist auf Grund der geringen Bodenwerte vertretbar.

Mit der vorgesehenen Bauleitplanung wird seitens der Kreisstadt Steinfurt die Intention verfolgt, Flächen für regenerative Energien in vorbelasteten Bereichen zu entwickeln. Der Planbereich wurde als Hausmüll- und Bauschuttdeponie genutzt. Mit der vorliegenden Planung wird eine sinnvolle Nutzung dieses vorbelasteten Bereiches erreicht.

Standortalternativen zur Entwicklung entsprechender Flächen stehen aktuell kaum zur Verfügung und sie befinden sich nicht in städtischem Eigentum.

## 4.8 Denkmalschutz

Im Geltungsbereich der 83. FNP-Änderung sind derzeit keine Bau- und Bodendenkmäler vorhanden bzw. bekannt. Auch in der näheren Umgebung des Plangebietes sind keine Bau- und Bodendenkmäler bekannt.

In die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragene Denkmäler haben einen Abstand von mehr als 800 m zum Geltungsbereich der Änderung.

Deshalb wird festgestellt, dass durch die 83. FNP-Änderung eine Beeinträchtigung von Baudenkmälern auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen nicht zu erkennen ist. Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

## 5. Planverfahren

Das Verfahren zur 83. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 1 (8) BauGB wird im Regelverfahren mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt.

Verfahrensschritt	Datum
Änderungsbeschluss <i>gem. § 1 (8) BauGB</i>	27.08.2020
Bekanntmachung der Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit <i>gem. § 4 (1) und § 3 (1) BauGB</i>	Amtsblatt-Nr. 13/2023 vom 27.06.2023
Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit <i>gem. § 4 (1) und § 3 (1) BauGB</i>	30.06.2023 – 14.08.2023
Bekanntmachung der Öffentlichen Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Öffentliche Auslegung <i>gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB</i>	
Beschluss der 83. FNP-Änderung	
Genehmigung der 83. FNP-Änderung	
Bekanntmachung und Wirksamwerden <i>gem. § 6 (5) BauGB</i>	

**Datum / Unterschrift:**

Aufgestellt:

Steinfurt, 19.03.2024

Az.: FD61 / 61-20-03 / 83.Ä.-79-Bo / Wer

Kreisstadt Steinfurt

Die Bürgermeisterin

Im Auftrag

gez. Werning

- Sachbearbeiter Stadtplanung, Stadtteil Borghorst -

**Anlage:**

- Umweltbericht, erstellt durch das Büro öKon GmbH, Münster, vom 23.05.2023